

Parteien als notwendiges Übel – Wie Demokratie durch ihre Verteidiger bedroht wird

Zusammenfassung:

Der Text untersucht die Rolle politischer Parteien als unverzichtbare, aber problematische Institutionen in modernen Demokratien. Aufbauend auf Karl Poppers Konzept der offenen Gesellschaft wird argumentiert, dass Parteien zwar das Bedürfnis nach Gemeinschaft erfüllen, aber keine echte Partizipation an der Macht bieten. Sie werden als anfällig für antidemokratische Tendenzen beschrieben: Rechte Parteien fördern Elitenherrschaft, während linke Parteien auf technokratische Kontrollmechanismen setzen. Beides gefährde die Demokratie, da es die Macht des Volkes weiter beschneide.

Die Stärke der Demokratie liege nicht in einer idealisierten Volksregierung, sondern in der friedlichen Abwahl von Herrschenden. Dafür seien Gewaltenteilung, Mehrheitswahlrecht, schrittweise Reformen und Meinungsfreiheit essenziell. Alternativen wie Verhältniswahlrecht oder Basisdemokratie würden hingegen die Grundlagen der Demokratie schwächen. Parteien, die diese Prinzipien nicht respektieren, sollten kritisch betrachtet werden, darunter namentlich Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und weitere Parteien, die ethnische, technokratische oder basisdemokratische Ansätze fördern.

Nebenwirkungswarnung:

- **Für Parteienanhänger:** Der Text könnte als Angriff auf Ihre politische Identität empfunden werden. Politische Lager, insbesondere Anhänger basisdemokratischer oder progressiver Ansätze, könnten sich ausgegrenzt fühlen.
- **Für progressive Denker:** Die Kritik an transnationalen Institutionen und technokratischen Modellen könnte als konservativ und innovationsfeindlich wahrgenommen werden.
- **Für religiöse Gruppen:** Die Darstellung von Religion als moralisch suspekt könnte verletzend wirken.
- **Für Demokratie-Enthusiasten:** Die nüchterne Bewertung von Demokratie als „notwendigem Übel“ und die Kritik an ihrer idealisierten Form könnten desillusionierend wirken.
- **Für Popper-Kritiker:** Die Betonung auf Poppers Prinzipien könnte als einseitig oder dogmatisch erscheinen.

Leser sollten sich bewusst sein, dass der Text eine kritische, teilweise provokante Perspektive auf Demokratie und Parteien bietet, die Diskussion anregen soll, aber nicht ohne Widerspruch bleiben wird.

Die großen Systeme Wirtschaft und Politik, deren Kommunikationsmedien Geld und Macht die Lebenswelt und den Alltag der Menschen dominieren, prägen unsere Gesellschaft. Es gilt längst als Allgemeinplatz, dass zahlungskräftige Unternehmer und ihre Unternehmungen dem Einzelnen die Zeit rauben und ihn ausbeuten. Auch Religionsgemeinschaften haben ihren moralischen Anspruch durch die Enthüllung ihrer Machtmechanismen eingebüßt. Allein politische Parteien bleiben als Institutionen, die dem menschlichen Bedürfnis nach Gemeinschaft und Zugehörigkeit – nach der „Horde“ – entsprechen. In einer global vernetzten Welt sind traditionelle Formen wie Stamm oder Familie zu eng geworden, während Religion für viele Menschen zu suspekt erscheint.

Karl Popper warnte jedoch bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, dass politische Parteien dieses Vertrauen nicht verdienen. Für ihn sind sie ein notwendiges Übel, vergleichbar mit Unternehmen, Religionsgemeinschaften oder anderen Vereinigungen. Zwar

erfüllen sie das Bedürfnis nach sozialer Nähe und Austausch, doch bieten sie dem Volk keine echte Partizipation an der Macht. Das Volk, so Popper, bleibt definitionsgemäß machtlos und wird beherrscht.

Diese Dynamik macht Parteien anfälliger für antidemokratische Tendenzen. Rechte Parteien neigen dazu, demokratische Kontrollmechanismen zugunsten einer Elitenherrschaft zu ersetzen, da sie Demokratie oft mit Korruption gleichsetzen. Linke Parteien hingegen tendieren dazu, demokratische Prozesse durch wissenschaftlich legitimierte transnationale Kommissionen zu ersetzen, die sie für effizienter und schneller halten. Beide Ansätze, ob von rechts oder links, bedrohen die Demokratie, da sie die Herrschaft des Volkes weiter aushöhlen.

Demokratie, verstanden als „Herrschaft des Volkes“, ist nicht selten ein Euphemismus oder gar ein Oxymoron. Ihre eigentliche Stärke liegt nicht in einer idealisierten Volksregierung, sondern in der Möglichkeit, Herrschende durch friedliche Wahlen abzusetzen. Damit ein solcher Machtwechsel gewährleistet werden kann, ist eine konsequente und bis auf die Einzelperson hinunterreichende Gewaltenteilung unverzichtbar. Nur wenn Parlament, Regierung und Justiz strikt voneinander getrennt agieren, kann eine abgewählte Regierung, die sich weigert, ihre Macht abzugeben, tatsächlich entfernt werden.

Derzeit gibt es keine praktikable Alternative zum demokratisch verfassten Nationalstaat. Nation, Partei und Religion sind zwar unvermeidliche Übel, doch sollten sie im Rahmen der Versammlungsfreiheit lediglich toleriert und nicht aktiv gefördert oder an der politischen Willensbildung beteiligt werden. Besonders das Verhältniswahlrecht täuscht Partizipation vor, während die Basisdemokratie die Gewaltenteilung gefährdet. Entscheidend für den Erhalt der Demokratie sind die Prinzipien der offenen Gesellschaft, wie sie Popper formuliert hat: Mehrheitswahlrecht, schrittweise Reformen („Stückwerk-Technik“), Meinungsfreiheit und das Ziel der Leidminderung.

Parteien, die diese grundlegenden Anforderungen nicht erfüllen, stellen eine Gefahr für die Demokratie dar. Dazu gehören unter anderem Bündnis 90/Die Grünen, die AfD, Die Basis, Volt, die Tierschutzpartei, der III. Weg, die Heimat und alle Parteien, die auf Ethnie, Elitenherrschaft, Kommissionsherrschaft, Basisdemokratie oder das Verhältniswahlrecht setzen. Solche Parteien untergraben die Voraussetzungen für eine stabile Demokratie und sollten entsprechend kritisch betrachtet werden.